

mittendrin

Ausgabe 04 / 2016 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Gemeinsam, bunt, besser!

DIE LINKE: Stimme für Veränderung in Berlin

Gemeinsam, bunt, besser. So stand es auf der Parteitagbühne und so lassen sich auch die Vorschläge in unserem Wahlprogramm zusammenfassen.

Gemeinsam wollen wir die Stadt gestalten. Das ist eine klare Kampfansage gegen den Politikstil, den SPD und CDU in den vergangenen Jahren gepflegt haben. Statt Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg zu treffen, wollen wir gemeinsam getragene Lösungen finden. Wir wollen Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie wieder stark machen.

Bunt wie Berlin ist, soll es auch bleiben – und zwar überall. Wir wollen keine Kieze, in denen sich Reichtum oder Armut ballen. Deshalb wollen wir die kommunalen Wohnungsgesellschaften stärken und auf eine soziale Mietpolitik verpflichten. Nur so, und nicht durch die Förderung privaten

Wohnungsbaus, lässt sich bezahlbarer Wohnraum überall in der Stadt erhalten und neu schaffen. Wir wollen, dass die Menschen, die zu uns geflohen sind, hier gut integriert werden, statt in Massenunterkünften oder Armutsquartieren abgeschoben zu werden. Nur so kann Zuwanderung zu einem Gewinn für uns alle werden und lassen sich Konflikte im Zusammenleben vernünftig und friedlich regeln.

Und besser muss sehr vieles werden in Berlin. Wir wollen nicht nur ein paar Euro hier und ein paar Stellen dort, um den schlimmsten Verfall in der Stadt zu übertünchen. Wir wollen strategisch und planmäßig in die öffentliche Infrastruktur und in den Öffentlichen Dienst investieren. Damit sie mit dem Wachstum der Stadt mithalten, vor allem aber, damit diejenigen, die es sich privat nicht

leisten können, Zugang zu guter Bildung, zu Mobilität, zu Kultur und Unterstützung im Alltag bekommen. Wir wollen die Energienetze rekommunalisieren und öffentliche Grünzonen erhalten. Wir wollen Armut und prekäre Beschäftigung wieder wirksam bekämpfen. Denn DIE LINKE ist und bleibt die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

Unsere Forderungen sind kein Katalog frommer Wünsche, sondern konkret umzusetz-



Spitzenkandidat im September: Klaus Lederer

Mittes Jugendverkehrsschule sollte schon 2014 weg

Das wollte Baustadtrat Spallek (CDU) – ohne BVV, ohne Respekt vor den Betroffenen, ohne Teilnahme der Anwohner. Die stemmten sich dagegen. Jetzt nahm die BVV einen Antrag der LINKEN gegen die Schließung mehrheitlich an. Warum, weiß Reinhard Nake.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

Bauen – weder sozial, noch vertraglich, noch schön?

Aber nicht mitten in Berlin! Doch, das passiert, wenn ein großes bundeseigenes Areal zum Höchstgebot an private Investoren verschertelt wird, und die landeseigene Wohnungsgesellschaft nicht mithalten kann. Carola Bluhm, MdA der LINKEN, über den Deal.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

Hermann Henselmann und die Berliner Wohnungsfrage

Unsere Stadt wuchs 1920 zu "Groß-Berlin" – mit zehnfachem Stadtgebiet und doppelter Einwohnerzahl. Die "Wohnungsfrage" wurde zum Dauerbrenner. Die Hermann-Henselmann-Stiftung diskutierte historische Erfahrungen und formulierte notwendige Folgerungen.

Fortsetzung auf Seite 8 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Aufwärtstrend für die Rechte, Abwärtstrend für die Linke?

Was sagt der Erfolg der AfD über den Zustand unserer Gesellschaft aus?

Basistreffen mit Horst Kahrs, Rosa-Luxemburg-Stiftung

am Dienstag, 3. Mai, 19 Uhr im Rosa-Luxemburg-Saal des Karl-Liebknecht-Hauses

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Jugendverkehrsschule – nächster Akt

Die Jugendverkehrsschule (JVS) in der Bremer Straße 10 in Moabit soll jetzt geschlossen werden? Nein, nein, so sei das doch gar nicht gemeint.

Nur müsse man alsbald einmal mit der Entwicklung des gesamten Gebiets rund um die Bremer Straße vorankommen. Es gehe schließlich um dringend benötigte Wohnungen, um die Schaffung von sozialer Infrastruktur, um



Freie Bahn für die Radler!

den Erhalt von Sportanlagen und die Sicherung von Grünflächen und freilich auch um Mobilitätserziehung, doch für all dies brauche es nun endlich ein ordentliches Infrastrukturkonzept, das alle glücklich macht. Ja, er liest sich durchaus gut, dieser Antrag von SPD und Grünen. Ein klares Bekenntnis zum Erhalt der JVS fehlt indes.

Zur Erinnerung: Bereits im Sommer 2014 hatte die zuständige Bezirksstadträtin Smentek (SPD) den Standort aufgeben wollen. Begründet wurde das mit dem sogenannten Konsolidierungskonzept, welches dem Bezirk wegen seiner hohen Schulden auferlegt worden war. Weder für den Betrieb selbst noch für die notwendige Sanierung seien vor diesem Hintergrund Mittel vorhanden, so seinerzeit die Argumentation. Aus zwei mach eins, sagte sich Smentek, und wollte lediglich den JVS-Standort in der Gottschedstraße im Ortsteil Gesundbrunnen weiterbetreiben. Die JVS in der Berolinastraße in Mitte war bereits zuvor „auf Eis gelegt“ worden. Es stellte sich allerdings heraus, dass eine Standortaufgabe grundsätzlich der Zustimmung der BVV bedarf. Praktisch über Nacht war aus der Sache ein „heißes Eisen“ geworden und Smenteks Beschlussvorlage zur Standortaufgabe wird seitdem im Schulausschuss Monat für Monat vertagt. Dies mag allerdings auch daran liegen,

dass sich die CDU nach langem Zögern mittlerweile gegen eine Schließung ausspricht. Ob dies eventuell mit den anstehenden Wahlen zu tun hat? Wer weiß, wer weiß.

Fakt ist jedenfalls, dass Mitte inzwischen gar kein Konsolidierungsbezirk mehr ist und das Konsolidierungskonzept damit hinfällig wurde. Der formale Grund für die Schließung der Einrichtung entfällt also. Daher haben wir einen Antrag eingebracht, der das Bezirksamt auffordert, seine Beschlussvorlage zurückzuziehen. Warum die SPD so starr daran festhält, bleibt letztlich unklar. Es gehe ihr vor allem um eine Prüfung, ob auf dem JVS-Gelände Wohnungsneubau realisiert werden kann ... Ob vielleicht die Verträge für dieses Filetgrundstück schon unter Dach und Fach sind? Der Ärger bei der SPD war immerhin so groß, dass sich die Fraktion mehrheitlich nicht imstande sah, unseren Wahlvorschlag für eine stellvertretende Bürgerdeputierte im Ausschuss für Stadtentwicklung – und eine Aktivistin im Ringen um den Erhalt des JVS-Standorts Bremer Straße – zu unterstützen. Das ist zwar legitim, aber ausgesprochen ungewöhnlich, da (stellv.) Bürgerdeputierte üblicherweise fraktionsübergreifend gewählt werden.

Etwas ambivalent bleibt auch das Verhalten der Grünen. Man trage den gemeinsamen Antrag mit der SPD zwar mit, „weil sich das so gehöre“, sei aber dennoch überrascht von deren Argumentation, welche eine starke Absicht zur Schließung der Einrichtung erkennen lasse. So haben wir nun jedenfalls die kuriose Situation, dass beide Anträge beschlossen wurden. Naja, vielleicht erwächst daraus ja etwas Konstruktives. Die Linke jedenfalls wird sich auch weiterhin für den Betrieb aller drei Standorte im Bezirk einsetzen – in Moabit, in Gesundbrunnen und in Mitte.

Falko Looff

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Initiativen der Linksfraktion

► **Mündliche Anfragen:**

Seniorenresidenz am Hackeschen Markt vom Abriss bedroht?
(Drs. 2659/IV) in der BVV direkt beantwortet

Musterausschreibung für das Mittagessen an weiterführenden Schulen – wer zahlt Pacht und Ausstattung? (Drs. 2662/IV) in der BVV direkt beantwortet

► **Große Anfragen:**

Stellenabbau im Bürgeramt – Wahnsinn mit Methode? (Drs. 2618/IV) in der BVV direkt beantwortet

Jugendberufsagentur – für wen ist sie denn nun zuständig?
(Drs. 2622/IV) wird schriftlich beantwortet

Flüchtlingsunterkünfte in Mitte – wo bleibt die Infrastruktur und wer ist dafür zuständig?
(Drs. 2625/IV) wird schriftlich beantwortet

► **Anträge:**

Jugendverkehrsschule Bremer Straße 10 nicht schließen! (Drs. 2635/IV) beschlossen

Bebauungsplan I-58b auf der Fischerinsel festsetzen (Drs. 2640/IV) überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE. mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht**

(Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und

Arbeitsrecht durch die Rechtsanwältin

Nina Jenny Soest und Christian Wisch

von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12,

13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr

kostenlose Mieterberatung

im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523,

Kleine Alexanderstraße 28, 10178



Die neue Unübersichtlichkeit

Eine Nachlese der drei Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt

Zwei Aspekte waren offenbar bei den vergangenen Wahlen bestimmend. Erstens: die Parteien von drei Ministerpräsident_innen wurden gewählt, der Amtsbonus hat selbst im Wahlkampfendspurt voll gezogen.

Sogar der unbeliebteste Ministerpräsident Deutschlands, Reiner Haseloff, kann sich voraussichtlich in eine nächste Amtszeit retten. Offenbar wollte ein großer Teil der Menschen in Zeiten der Verunsicherung Stabilität und Kontinuität an der Spitze ihrer Bundesländer.

Das zweite große Moment der Mobilisierung war der Protest gegen die Flüchtlingspolitik durch die Wahl der AfD. Nicht mobilisieren konnten jeweils die kleinen Koalitionspartner – und DIE LINKE. In den westlichen Ländern blieb sie weit unter der Fünfprozenthürde, in Sachsen-Anhalt verlor sie in einem ganz auf den Regierungsanspruch ausgerichteten Wahlkampf sieben Prozentpunkte und landete mit 16,3 Prozent weit hinter der AfD.

Auch wenn sich die Debatte in unserer Partei stark auf die AfD zuspitzt: die Verluste an

die AfD in Sachsen-Anhalt waren schmerzhaft, aber alle Parteien haben proportional zu ihrer bisherigen Stärke an die Rechten verloren. Zudem zogen diese ganz massiv Nichtwähler_innen an die Urnen und steigerten dadurch auch die Wahlbeteiligung. In den westlichen Bundesländern verlor DIE LINKE auch vor allem an die AfD – aber sie verlor insgesamt auf niedrigem Niveau nur wenig. Das Problem für DIE LINKE ist demnach nicht vorrangig die AfD, sondern ihre eigene Mobilisierungsschwäche. Wir haben nicht von schlechten SPD- und Grünen-Ergebnissen profitiert, wir konnten keine Nichtwähler_innen hinter dem Ofen hervorlocken.

Dies verunsichert umso mehr, da unsere Partei bei dieser Wahl alles im Angebot hatte: Protestwahlkampf in Rheinland-Pfalz genauso wie Regierungsanspruch in Sachsen-Anhalt, soziale Kernthemen in Baden-Württemberg genauso wie ein unbedingtes Eintreten gegen Rassismus und Grenzschießungen durch den Spitzenkandidaten Wulf Gallert in Sachsen-Anhalt. Allein: es hat bei diesen Wahlen nichts

funktioniert. Ein paar Hoffnungsschimmer gibt es doch: in den Universitätsstädten in Ost wie West steht DIE LINKE noch ganz gut da – ob Magdeburg oder Halle, ob Tübingen oder Freiburg. Bei den Unter-30-Jährigen im Westen bekam sie jeweils 6 Prozent.

Trotzdem muss das Wahlergebnis zur Diskussion führen. Die Erfahrungen der Flüchtlingsbewegung, das weitgehende Fehlen einer planvollen Integrationspolitik des Bundes, aber auch die Ereignisse von Paris und Köln haben viele Wählerinnen und Wähler verunsichert – nur ein Teil hat sich klar für eine rechte Partei wie die AfD entschieden. Auch bei der LINKEN treten Bruchlinien zu Tage: die einen meinen, man dürfe die Menschen, die die Flüchtlingspolitik kritisch sehen, nicht in die rechte Ecke stellen. Die anderen sagen, gerade jetzt sei eine klare Abgrenzung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit angebracht. Die Debatte um eine erfolgversprechende Strategie der LINKEN in der neuen Unübersichtlichkeit ist eröffnet.

Tobias Schulze

Fortsetzung von Seite 1: **DIE LINKE: Stimme für Veränderung in Berlin**

bare Maßnahmen. Eine Stimme für DIE LINKE ist deshalb mehr als Protest gegen die soziale Spaltung der Stadt. Es ist eine Stimme, die reale Verbesserungen bewirken kann für die vielen Menschen, die sozial benachteiligt sind

und sich jeden Tierpark-, Kino- oder Restaurantbesuch dreimal überlegen müssen.

Aber auch für die, die trotz Vollzeitjob heute um ihre Wohnung und morgen um ihre Rente fürchten müssen. Und nicht zuletzt ist eine

Stimme für DIE LINKE eine Stimme gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, für eine solidarische Gesellschaft.

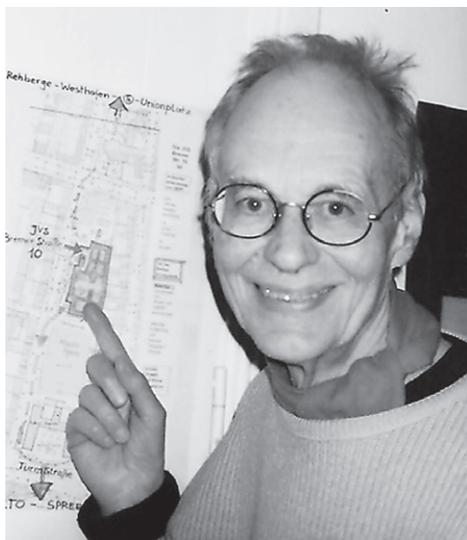
Klaus Lederer,
Landesvorsitzender der Berliner LINKEN

Menschen in Mitte

JVS Moabit endgültig gerettet?

Auch Reinhard Nake hat dafür gekämpft

Dass mit der mehrheitlichen Annahme des Antrags der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung am 17. März - ohne SPD - die Jugendverkehrsschule (JVS) in Moabit vorerst gerettet wurde, stimmt Reinhard Nake optimistisch.



Der „Arbeiter“ unter den Aktiven (Foto: M. Herold)

„Nun muss die Wischiwaschi-Vorgabe der Grünen und der SPD, die Bremer Straße in einen ‚frei zugänglichen Verkehrsgarten ohne Zäune‘ mit ‚Wohnpotentialen‘ zu entwickeln, vom Tisch“, verlangt der 74-jährige Diplomingenieur. „Dann wäre unser Ringen seit 2014 gegen eine Schließung ein voller Erfolg.“

Damals hatte das Bezirksamt unter Federführung von Baustadtrat Carsten Spallek (CDU) ein Konzept zur „Nachnutzung“ des Verkehrsübungsgeländes beschlossen. Mitte müsse sparen, war das Argument. Die Grünanlage mit 41 Bäumen inmitten eines hochverdichteten und klimatisch belasteten Stadtgebietes sollte Wohnungsbau weichen. „Dabei wurde die BVV total übergegangen, von einer Einbindung der Kinder, ihrer Eltern, der Stadtteilvertreter und Verkehrserzieher ganz zu schweigen“, empört sich Reinhard Nake. Zusammen mit seiner Ehefrau, Bürgerinitiativen und der Arbeitsgruppe Jugendverkehrsschule der Stadtteilvertretung Moabit-West legte der Architekt, Stadtplaner und Ökologe vielfach sein Veto ein.

Appell, Petition, Unterschriften, Demo gegen Schließung

In einem Appell und mit einer Online-Petition rief er mit seinen Mitstreitern Mittes Bürgermeister Hanke, die Schulstadträtin Smentek und den Baustadtrat auf, den Schließungsbeschluss umgehend zurückzunehmen. Sie organisierten eine vielbeachtete Unterschriftensammlung und eine Demonstration durch den Kiez, die unter anderem von der Landesverkehrswacht unterstützt wurden. In einem Schaukasten vor dem Rathaus Tiergarten belegten sie überzeugend ihr Pro für die JVS. Reinhard Nake nennt sich selbst den „Arbeiter“ unter den Aktiven. „Meine Kenntnisse und Erfahrungen halfen mir dabei, die Behauptungen Contra zu hinterfragen.“ Seine Erkundungen ergaben geringere Ausmaße der Fläche und weniger Sanierungs- und Betriebskosten, auch, dass statt nur drei mindestens 14 Schulen und Kitas rundum an der Nutzung der Verkehrsschule interessiert sind. „Wir haben vorgeschlagen, die Oase inmitten des Häusermeeres zukünftig ebenso nachmittags und an den Wochenenden zu öffnen. Gerade jetzt könnten hier zusammen mit den Moabiter Mädchen und Jungen auch Flüchtlingskinder die Möglichkeit zum Fahrradfahren, Erlernen der Verkehrsregeln und zur Integration erhalten.“

Reinhard Nake wohnt seit über zehn Jahren unweit der Bremer Straße. Aufgewachsen in Sachsen, hatte er an der Berliner TU studiert und unter anderem den Bau einer Großsiedlung in Staaken mit geleitet. Berufliche Stationen des aus einer religiösen Familie kommenden bekennenden Pazifisten waren Karlsruhe, Bonn und Würzburg. „Jetzt hoffe ich, dass die Jugendverkehrsschule mit Sicherheit bleibt, saniert und verbessert wird. Das Kräfteverhältnis in der neuen BVV nach den Wahlen im September wird den Ausschlag geben.“

Matthias Herold

Kurznachrichten

► **Berliner Straßenbahnen sollen leiser werden**

Die BVG will ein besonderes Schmiermittelsystem für die Wagen einführen. Dabei werden die Laufflächen der Räder mit einem besonderen Schmiermittel besprüht, bevor die Bahn in eine Kurve einfährt. Von den 111 Flexity-Zügen (Niederflurbahnen) sind bereits 21 mit der neuen Vorrichtung ausgestattet. Bis zum Jahresende soll jeder zweite Straßenbahnzug mit dem System ausgerüstet werden.

► **2015 fast eine Million Leiharbeiter**

Das waren rund 100.000 mehr als im Jahr zuvor, und ihre Zahl steigt stetig weiter. Die Arbeiterinnen und Arbeiter werden bei Bedarf kurzfristig von Serviceunternehmen „ausgeliehen“ und gelten am Arbeitsplatz dann nicht wie regulär Beschäftigte, fast immer ohne den gleichen Lohn oder andere Rechte wie ihre fest angestellten Kollegen. So kann die Bundesagentur für Arbeit monatlich stolze Erfolgsmeldungen verkünden, bevor die Ausgeliehenen bei „Nichtbedarf“ problemlos wieder gefeuert werden. In der BRD existieren über zehntausend solcher Unternehmen, die arbeitsfähige Menschen verleihen. Offenbar ein profitables Geschäft.

► **Berlin erhielt Claudio Abbados musikalischen Nachlass**

Abbado, der Nachfolger Herbert von Karajans, war in den Jahren 1990 bis 2002 Chefdirigent der Berliner Philharmoniker. Der Nachlass des italienischen Dirigenten wurde der Staatsbibliothek als Schenkung übergeben. Es handelt sich um Partituren, Notizen, Tonaufnahmen und Videos sowie Briefe. Sie werden in einem besonderen Raum öffentlich zugänglich sein.

► **35,4 Milliarden Euro für Pillen und Salben 2014**

Das sind 3,5 Mrd. Euro mehr als 2013, was einer Erhöhung von 10,3 Prozent entspricht. Den Anstieg haben vor allem „neue patentgeschützte Arzneimittel“ verschuldet. Für die gab es noch keine preisgünstigen Nachahmermedikamente, die sogenannten Generika. Das erlaubt den Pharmakonzernen satte Zusatzprofite, oftmals ehe effektiver Nutzen für den Patienten überhaupt nachgewiesen worden ist.

Aktionskonferenz zur Kampagne „Das muss drin sein“

mit Katja Kipping, Bernd Rixinger, Klaus Dörre (Uni Jena), Ulrich Schneider (Der Paritätische Gesamtverband), Jana Seppelt (ver.di) u.v.a.

**Freitag, 15. April, 17–22 Uhr, Samstag, 16. April, 9.30–17.30 Uhr
GLS Campus, Kastanienallee 82, 10435 Berlin**

Anmeldung und Informationen unter: www.die-linke.de/aktionskonferenz

Bei anderen gelesen

► Immer teuer, manchmal hilfreich

Verwaltung soll selbst arbeiten – nicht Berater engagieren!

„Warum mussten überhaupt Berater ran, die sich ihre Arbeiten gut bezahlen lassen“, fragte Gisela Ruß, Verwaltungsexpertin bei Transparency International. Man sollte überprüfen, ob Beratungstätigkeiten von externen Unternehmen gemacht werden müssen. In vielen Fällen können das die Verwaltungsmitarbeiter genauso gut machen. Zudem wirke es oft auch demoralisierend auf die öffentlichen Mitarbeiter, wenn ihr Sachverstand gar nicht gefragt werde, sondern auf die Expertise von außen zurückgegriffen werde.

„Der Tagesspiegel“, 18.03.2016

► Kein Wohlstand für alle

In Deutschland wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. Die Politik darf den Umverteilungsdruck nicht länger ignorieren. Kein innenpolitisches Konfliktthema ist stärker umstritten als die Definition, wer arm und wer reich ist. Auf längere Sicht scheint es unwahrscheinlich, dass sozialpolitische Leistungen für die unteren 20 Prozent angehoben werden. Armut und Reichtum sollen neu definiert werden, um den „Schandfleck“ der Armut auszukurieren.

„Der Freitag“, 20.03.2016

► Kriege – das Geschäft der Weltwirtschaft

Deutliche Worte in einem Interview: Warum brauchen wir Waffen?

Merkel auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2010: Die zentrale außenpolitische Zielsetzung lautet, Politik und Handeln anderer Nationen so zu beeinflussen, dass damit den Interessen und Werten der eigenen Nation gedient ist. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern.

„Cicero“, 23.02.2016

► Mehr Demokratie

Der Verein „Mehr Demokratie“ hat sich mancherorts zu einem wichtigen Akteur in der Gesetzgebung entwickelt. Das hat Folgen für den Wert des Parlamentarismus. Der Begriff „Bürgerbeteiligung“ fungiert heute als allgemein anerkannte Leitkategorie, mit der die politische Klasse versucht, augenscheinlichen Entfremdungstendenzen entgegenzuwirken. Das Stichwort lautet: „Demokratiereform“. Auf der Ebene der Bundesländer, wo die direkte Demokratie nach der deutschen Einheit sukzessive ausgebaut wurde, haben sich hier Grundstrukturen eines eigenen Politikfeldes herausgebildet.

„FAZ“, 17.03.2016

Afrikanisches Viertel: CDU-Tricks bei Straßenumbenennung

Ein Schmierstück kolonialer Vergangenheitsbewältigung

Die Anwohner des Afrikanischen Viertels im Wedding reiben sich erstaunt die Augen. Sie lesen nämlich bei der CDU-geführten Initiative „Pro Afrikanisches Viertel“ (PAV), sie wolle hier erneut Straßennamen „umbenennen, ohne sie umzubenenen“.

Warum dieses? Im Afrikanischen Viertel gibt es einen jahrelangen Streit um die Überwindung des kolonialistischen Erbes, das sich immer noch in Straßen- oder Platznamen wie Lüderitzstraße oder Nachtigalplatz spiegelt. Denn Lüderitz war keineswegs bloß „Afrikaforscher“, wie es häufig heißt, sondern ließ mit illegalen Mitteln im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika Land nehmen, um es zur deutschen Kolonie zu machen. Und Nachtigal wurde mit dem Auftrag nach Westafrika geschickt, dort alle noch nicht besetzten Gebiete, die für den deutschen Handel interessant schienen, mit Hilfe der Reichsmarine unter deutsches Protektorat zu stellen. Die extremen Verletzungen der Menschenwürde durch die kolonialen Akteure sind eigentlich genügend Anlass, dieses Berliner Stadtviertel endlich zum eindeutigen Lernort gegen Rassismus zu machen.

Aber nicht so für die CDU: Sie stellte in der Bezirksverordnetenversammlung den Antrag, „Umwidmungen von belasteten Straßennamen unter Beibehaltung ihrer Ursprungsnamen“ zu beschließen, die Straßen also tatsächlich umzubenenen, ohne sie umzubenenen. „Die Umwidmung des Gedenkens greift die bewährte Vorgehensweise(!) aus dem Jahre 1986 bezüglich der Petersallee auf“, so Fraktionschef Thorsten Reschke. Denn 1986 wurde diese Straße umgewidmet und nach dem CDU-Mitglied Hans Peters benannt; während des Faschismus war sie ab 1939 Carl Peters gewidmet worden, der wegen seiner grausamen Justiz gegenüber Menschen schwarzer Hautfarbe auch „Hänge-Peters“ genannt wurde.

Die CDU klebte trotzdem so sehr an der Beibehaltung der ursprünglichen Namen, dass sie 2011 die Beibehaltung sogar zur

Bedingung der Zählgemeinschaft mit der SPD machte!

Die Linke, die Grünen und inzwischen auch die SPD sind allerdings für die eindeutige Umbenennung. Das bedeutet, dass die CDU mit ihrem neuen Antrag völlig isoliert dasteht.



Petersallee, Ecke Nachtigalplatz

Auch gegenüber der Bevölkerung. Denn im Afrikanischen Viertel leben schließlich auch viele Afrikaner. Seit Jahren schon werden besonders seitens dieser Community z.B. mehr Informationstafeln im Viertel gefordert. Es geht jedoch - wenn überhaupt - nur mühsam voran.

Rainer Scholz

+++ Termin vormerken! +++ Termin vormerken! +++ Termin vormerken! +++

Lesen gegen das Vergessen.

**10.5.2016
16 – 18 Uhr**

Bebelplatz in Berlin-Mitte

»Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.«

Heinrich Heine

Am 10.5.1933 fanden in vielen deutschen Städten Bücherverbrennungen statt. In Berlin gegenüber von der Friedrich-Wilhelm-Universität (heute: Humboldt-Universität) auf dem Opernplatz (heute: Bebelplatz). Sie bildete den Höhepunkt der Kampagne »wider den undeutschen Geist«.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Auf der Vorderseite Fotos von Akten gegen das Vergessen aus dem vergangenen Jahressommer. Foto: Klaus Singer

Nichts ist sicherer als das wechselnde Wetter

GALERIE NEUROTITAN: 2. Hinterhaus, Rosenthaler Straße 26, hinter Museumsetagen für Anne Frank und Otto Weidt, links vor dem Kino Central. Graffitiwände, man steigt zum Verkaufsraum auf, geht in die Veranstaltung. Von draußen nicht zu sehen.

Bei Facebook wurde zum Dialog des israelischen Streetart-Künstlers DEDE mit seinem Berliner Kollegen Johannes Mündinger geladen. Der Saal ist voll, DEDE ist weltbekannter Graffiti-Künstler. Er erklärt auf Englisch Bilder seiner Bilder, das Publikum lauscht Ideen, Herausforderungen und Schwierigkeiten beim Sprayen, Kleben, Drucken, Malen. Sein Riesenfahrrad, 100 Meter groß, hat irritiert wie die gesprayte Zielscheibe für Raketen auf Parkplätzen in Tel Aviv. Er spricht von degenerierten Hasen, dem gelben Unterseeboot im trockenen Flussarm und über das ovale Strandlokal vor Jaffa, dem er in 5 Nächten und 11 Metern Höhe große weiße Zähne unter roten Lippen verpasst hat. In Israel ist Streetart jünger, meist illegal wie in Berlin, wer sprayt

ist oft auf Durchreise. Am nächsten Tag sehe ich Berlins bunte Wände mit neuen Augen.

Frühling ist, heller Himmel schon morgens, jenseits der Berufstätigkeit ticken die Uhren anders. Ich kaufe nichts bei neuen Spätis in der Torstraße, es gefällt mir, dass es sie gibt. Manche Ecken riechen wieder nach Kaffeerösterei, Nebenstraßen beleben sich. Das einzige Kaffeehaus der Neuen Schönhauser Straße ist weg, das Restaurant Ecke Münzstraße verklebt. Klamottenläden stellen keine Stühle in die Sonne. Endlich kann das riesige Tacheles-Gelände bebaut werden. Zwischen Friedrich- und Oranienburger Durchgangstraße, Gastronomie, Hotel, Grün, Geschäfte, Wohnungen? Für Kultur wird der Kaufhaus-Altbau restauriert? Ob die Karl-Liebknecht-Straße ihr populäres Hofbräuhaus behält, wo es sich bei lärmender Gemütlichkeit bayrisch feiern, essen, trinken und mit Lederwams und Dirndl ausstatten lässt? Noch nie war der DDR-Kantinenbau beliebter als heute.

Von all dem unbeeinflusst fließt die Spree, vermitteln krönende Dachgeschosse und



„Galerien“ an jeder Ecke

tiefe Souterrains neue Ein- und Aussichten vom Oben und Unten. Es wird voller, bunter, grober, auch herzlicher, und manche fürchten sich in dieser Stadt. Zwei Roboter erinnern im neuen Eisladen Rochstraße an die Zukunft, die schon begonnen hat.

Irene Runge

Wer hat Angst vor den Wandlungen des Lebens?

„FEAR“ an der Schaubühne Berlin

Die Angst geht um. Die Angst vor fremdartigen Krankheiten, vor Diebstahl und Vandalismus, vor Überfremdung, vor der willigeren Arbeitsmoral der anderen, vor dem Verlust der eigenen Werte, vor Zwangskonvertierung und vor allem davor, dass die eigene Heimat nicht deutsch genug bleibt. Es ist die Angst vor der liberalen Gesellschaft, die offen, schnell, dynamisch daher kommt. Die Deutschen, die diese Ängste in sich tragen und verteilen, erfahren in „FEAR“ ihre satirische Aufführung.

Sie werden als Untote, als Zombies dargestellt, deren Reden man längst für ausgestorben hielt. Auf Pappfiguren kleben ihre Zitate und Visagen, die Namen wie Beatrix von Storch, Frauke Petry oder Gabriele Kubly tragen. Mittels großer Video-Projektion erwachen die Monsterfiguren zum Leben, begleitet von harten Beats und wildem Geschrei, denn die Angst will raus, raus aus den Körpern.

Ob die Idee, den Nationalsozialismus als Wiedergängermotiv zu inszenieren besonders originell ist, sei dahingestellt. Aber es ist viel

Bewegung drin in diesem Stück, welches Schauspiel und Tanz kombiniert. Dass Menschenmassen, aufwallende Emotionen und hetzerische Parolen nicht nur gesprochen werden, sondern physisch ausgedrückt werden müssen, leuchtet ein. Zumal Zombies nicht für ihre großen Texte bekannt sind.

Das Spiel mit der moralischen Überlegenheit, die es mit der kompletten Achse des Bösen von Eva Herman bis Akif Pirinçci aufnimmt, bringt zwar kaum intellektuellen Erkenntnisgewinn, aber eines wird klar: die Situation ist bedrängend. Der Zeitpunkt, an dem man sich auf die eigene Ratlosigkeit hinter Popsongs und Gartenpflege zurück ziehen konnte, ist vorbei. Die Zwischenszenen, die von leisen Tönen bestimmt sind, lassen eine Botschaft erkennen: Haltet euch nicht raus! Mischt euch in die Debatte ein!

Zumal rechte Kräfte nach der Premiere fast die Absetzung des Stückes erwirkten und Regisseur Falk Richter Morddrohungen erhielt.



Bedrängendes satirisch aufgeführt

Theater kann im besten Fall zum Nachdenken anregen, als Trainingsraum für neue gesellschaftliche Praxen fungieren oder – wie hier geschehen – auf die Dringlichkeit der Realität verweisen. Was zukünftig ansteht, ist allerdings weniger die Spiegelung der Geschichte, sondern die Kunst bestünde darin, Theater von Betroffenen zu ermöglichen, die erzählen, was und welches Land sie aktuell erleben. Ohne Angst hoffentlich!

Andreas Wiebel

Privat ist Katastrophe

Es ist eines der letzten großen Baugrundstücke in Berlin-Mitte, die dem Bund gehören.

Auf dem einstigen Mauerstreifen an der Stall-schreiberstraße gelegen, zeugt die Brache bis heute davon, dass die Stadt lange geteilt war.

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) will das 16.512 Quadratmeter große Areal und eine 966 Quadratmeter umfassende Nachbarfläche an die Essener Firma Format verkaufen. 29,1 Millionen Euro sind geboten – im Angesicht des Geldes schert sich die Anstalt nicht mehr um Zukunft, Stadtplanung oder Bürger_innenwillen. Sie will die Kohle. Und die Essener Firma möchte bauen. Nicht sozial, nicht verträglich, nicht schön, stattdessen so, dass der bezahlte Grundstückspreis eingespielt und darüber hinaus Gewinn erwirtschaftet wird. Die landeseigene Wohnungsgesellschaft Mitte hatte mitgebieten, aber keine Chance.

Stattdessen ist man auf die großartige Idee gekommen, dass die ebenfalls landeseigene Howoge von dem Privatinvestor 110 der rund

450 geplanten Wohnungen kauft und dann als Sozialwohnungen vermietet. Wenn das keine hübsche Sauerei ist! Aus dem Bundesfinanzministerium verlautet, man sei ja verpflichtet, entbehrliche Liegenschaften zum vollen Wert zu veräußern.

Was ist entbehrlich in einer Millionenstadt mit Wohnungsnot? Was auf lange Sicht der volle Wert, wie schwer oder leicht wiegen die Interessen der Bevölkerung? Darauf erhält man aus den ministeriellen Schreibstuben keine Antwort. DIE LINKE kämpft gegen den Verkauf an einen Privatinvestor und hat die Landesregierung in einem Antrag aufgefordert, im Bundesrat den Verkauf des Grundstücks zum Höchstpreis zu verhindern, sich stattdessen dafür einzusetzen, dass die Baugrundstücke an eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft gehen. Manchmal



Forderung nach bezahlbarem Wohnraum in der Innenstadt

ist es ja gut, wenn Dinge sich verzögern. Denn inzwischen weiß man, dass sich die Nachfahrin eines jüdischen Alteigentümers gemeldet und Ansprüche auf drei Achtel des kleineren Grundstücks geltend gemacht hat.

Gesine Löttsch, Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion, hat deshalb verlangt, dass der Vorgang auf die Tagesordnung des Haushaltsausschusses kommt. Noch mehr hochpreisige Wohnungen jedenfalls braucht Berlin in etwa so dringend wie Radfahrer eine neue Tankstelle.

Carola Bluhm

Butter bei die Fische

Was wird eigentlich auf der Fischerinsel gebaut?

Die 74 Bäume am Mühlendamm sind gefällt. Das konnte auch ein Antrag der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung nicht verhindern. Sowohl die SPD, die CDU als auch die Grünen lehnten den Versuch, Zeit zum Nachholen der versäumten Bürgerbeteiligung zu gewinnen, ab. Wie aber soll es nun weitergehen? Wenn gebaut wird, dann was? Und werden die Bürger_innen dieses Mal in den Planungsprozess mit eingebunden?

Beim zweiten Bürgergespräch zum Bauvorhaben der Wohnungsbaugesellschaft Berlin Mitte (WBM) auf der Fischerinsel waren diese Fragen von zentraler Bedeutung. Nachdem das Stadtteilaktiv für das erste Bürgergespräch im Januar vergeblich versucht hatte, die Verantwortungsträger aus Senats- und Bezirksverwaltung in einen Dialog mit den Anwohner_innen zu bringen, gelang dies nun mit tatkräftiger Unterstützung der direkt gewählten Abgeordneten in Alt-Mitte Carola Bluhm, MdA. Am 22. Februar stand Baustadtrat Carsten Spallek den Anwohner_innen zwei Stunden

lang Rede und Antwort. Dabei warf er ein ganz neues Licht auf den gesamten Planungsstand. Entgegen den bisherigen Annahmen stellte er klar, seiner Behörde läge kein Antrag für eine Bebauung am Mühlendamm vor. Ob dort ein Hochhaus entstünde, welches ja den zentralen Aufreger in der Auseinandersetzung zwischen Anwohner_innen, öffentlicher Verwaltung und WBM darstellt, ist überhaupt nicht klar, so Spallek.

Jetzt gäbe es mindestens ein halbes Jahr Zeit, um die Anwohner_innen an den Planungen für eine Bebauung teilhaben zu lassen. Allerdings ist der jetzige Bürger-vorschlag, auf dem Areal des KREATIVHAUSES eine Kombination aus Wohnhaus und sozialem Zentrum zu errichten, sowohl seitens des KREATIVHAUSES als auch aus Sicht des Bezirksamts nicht umsetzbar.



Kahlschlag am Mühlendamm

Dennoch sollten die Anwohner_innen jetzt nicht den Kopf in den Sand stecken. Die Öffentlichkeit schaut auf die Fischerinsel, das stärkt ihre Position in einem Beteiligungsverfahren. Das Stadtteilaktiv hat seine Unterstützung bei weiteren organisatorischen Fragen angeboten und auch DIE LINKE wird sich für eine ordentliche Bürgerbeteiligung stark machen. Eine Debatte über die künftige Gestaltung der Fischerinsel insgesamt ist längst überfällig, nutzen wir die Gunst der Stunde!

Christian Otto

Das ist das Letzte

Wer in Berlin aufwuchs, hat als Knirps den Gassenhauer mitgesungen: „Mutta, der Mann mit dem Koks ist da!“

Mutters Antwort war: „Halt doch die Klappe, det weeß ick ja!“ Heute wissen wir, dass die Kohlenmänner einen aussterbenden Beruf haben. Der Senat hat zwar zehn Jahre lang das Gesetz zur Energiewende verschleppt. Aber nun soll Berlin bis 2020 den Ausstoß von Kohlendioxid – verglichen mit 1990 – um 40 % verringern. Bis 2050 – eine Generation später – sollen 85 % getilgt sein. Dann klingt auch das Lied von der „Berliner Luft“ wieder sauberer. Noch schlagen die Abgaswerte öfter über die Stränge. Das liegt weniger an den letzten Kachelöfen und mehr an den vier Kohlekraftwerken. Doch Vattenfall will das Kohlekraftwerk Klingenberg statt 2016 erst 2020 abschalten. Das „Bürger-Begehren Klimaschutz“ will dem Konzern juristisch den Stecker ziehen. Frage: „Was geht uns das an? Hauptsache wir haben Licht und Wärme!“

Aber so läuft das nicht auf dieser geschundenen Erde. Prof. Schellnhuber von den Potsdamer Klimawächtern warnt, dass die Verteidigung der fossilen Energieträger tödlich enden kann. Wenn alle Länder auf fossiler Basis industrialisiert sind, wären die ausgestoßenen Schadstoffe in jeder Sekunde vergleichbar mit der Wirkung von vier Hiroshima-Bomben. Es sind nicht die armen Völker, die den letzten Baum verbrennen, sondern die reichen Länder, die mit ihren Konsum- und Wegwerf-Gewohnheiten das Leben der Menschheit unerträglich machen.

Umschalten verlangt nicht Verzicht, sondern Umdenken. Wir haben längst die Antworten mit alternativen Energieträgern und einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Wir dürfen diese Wende nur nicht jenen Managern der Energie- und Autokonzerne überlassen, die alle Warnungen in den Wind schlagen. Die Steuerzahler zahlen die Strafe mit neuen Subventionen. So fehlen die Gelder, mit denen mehr soziale Gerechtigkeit machbar wäre. Der Ausweg liegt links! **Arthur Paul**

Lernen von Groß-Berlin

12. Hermann-Henselmann-Kolloquium zur Wohnungsfrage

2020 jährt sich zum 100. Mal die Neuverfassung Berlins als Groß-Berlin. Das Stadtgebiet wuchs um mehr als das Zehnfache, die Einwohnerzahl verdoppelte sich.

Die neue Verwaltungsstruktur schuf Möglichkeiten, um den sozialen und volkswirtschaftlichen Folgen zu begegnen, die das marktgesteuerte Wachstum der Gründerzeit gebracht hatte. Die oft innovativen Wege, mit denen die Berliner Politik und Verwaltung diese Möglichkeiten nutzte, bereitet die Hermann-Henselmann-Stiftung in ihren jährlichen Kolloquien bis 2020 für heutige Diskussionen um die wachsende Stadt Berlin auf.

Mit dem Titel „Die Wohnungsfrage“ widmete sich das 12. Hermann-Henselmann-Kolloquium einem auch heute besonders drängenden Thema. Vertreter*innen aus Forschung, Politik, Architektur und Stadtplanung diskutierten am 27. Februar im Abgeordnetenhaus über die wohnungspolitischen Ansätze, die Berlin seit 1920 geprägt haben. Der Stiftungsvorsitzende Thomas Flierl wies darauf hin, dass Berlin damals nicht nur Hauptstadt der Moderne, sondern mit neuen Formen des sozialen Wohnungsbaus auch eine Wohnstadt der Moderne wurde – doch heute scheine niemand mehr zu wissen, wie sozialer Wohnungsbau funktioniert.

Nach Referaten über den Wohnungsbau der Weimarer Republik, der NS-Zeit und der Nachkriegszeit in Ost und West wurden die teilweise desaströsen Entwicklungen in den Großstädten London, Moskau und Paris vorgestellt. Leider fiel der angekündigte Vortrag von Stefan Gruber zur Situation in Wien kurzfristig aus – hier hätte es wohl die besten Anknüpfungspunkte für Berlin gegeben.

Der letzte Block widmete sich der Zeit seit 1990. Stadtsoziologe Andrej Holm ar-

gumentierte für eine neue Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau, da ein marktbasierter sozialer Wohnungsbau immer erst mit den Renditeinteressen privater Eigentümer vermittelt werden müsse. Stadtplaner Ephraim Gothe



Die Wohnungsfrage im Mittelpunkt der Diskussion
(Foto: Katalin Gennburg)

plädierte dafür, den Geschosswohnungsbau für ansässige Betriebe in den Umlandgemeinden zu fördern, um die Innenstadt zu entlasten und Kapazitäten sinnvoller zu verteilen. In eine ähnliche Richtung ging auch das Schlusswort des Architektursoziologen Harald Bodenschatz, der anregte, die allzu innenstadtfixierte wohnungspolitische Diskussion auf den gesamten Berliner Großraum auszuweiten.

Ein sozialer Wohnungsbau für Berlin muss öffentlich gestaltet sein und eine raumübergreifende Perspektive einnehmen – das sind die wichtigsten Lehren, die die Gründung Groß-Berlins uns für die heutige Wohnungspolitik mitgibt. **Markus Wollina**

Wir gratulieren im April zum Geburtstag!

- Zum 92. Ernst Haak
- zum 91. Horst Heß
- zum 89. Ruth Wenk, Hilde Hartitz
- zum 88. Werner Lemm, Irmgard Lingott, Siegfried Zachmann
- zum 87. Eva Tägtmeyer
- zum 86. Erwin Gürnth, Steffi Schuster
- zum 84. Brigitte Rohland
- zum 83. Klaus Degen, Egon Knoll, Hannelore Schmidt
- zum 82. Edeltraut Aurich, Eva Barth, Friedhold Bauer, Horst Giese
- zum 81. Lieselotte Thiel, Elisabeth Weiß

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 24.03.2015

Ausgabetag für Nr. 05/2016 – 04.05.2016